

#POLICYNOTE #ARBEIT #INFLATION #STEUERPOLITIK #STANDORT

Metaller-KV: Warum die Lohnverhandler neue Spielräume brauchen

Lukas Sustala – 20.9.2023

- **Die Lohnverhandlungen finden 2023 unter besonders prekären Bedingungen statt.** Die höchste Inflation in einem halben Jahrhundert wird zu zweistelligen Lohnforderungen führen, gleichzeitig droht eine Rezession und der Inflationsaufschlag Österreichs wird die Wettbewerbsfähigkeit unter Druck bringen.
- Der durchschnittliche Arbeiter in der Metallbranche hat eine Abgabenbelastung von 46,8 Prozent seiner Arbeitskosten. Eine reale Steigerung der Nettolöhne erfordert aktuell einen Abschluss von zumindest 10 Prozent, das wird die Preise 2024 treiben. **Eine Senkung der Lohnnebenkosten würde Spielraum für höhere Löhne und niedrigeren Inflationsdruck schaffen.** So wäre ein real positiver Abschluss ermöglicht, ohne die Preise signifikant zu treiben.
- Würden die Lohnnebenkosten 6,55 Prozentpunkte sinken, auf den Schnitt in der OECD, dann hätten die Verhandler rund **Spielraum im Ausmaß eines 15. Gehalts.**
- Die **Inflation würde nach aktuellen Simulationen um rund 1,7 Prozentpunkte gedämpft.** Mehr Spielraum 2023 würde auch die KV-Verhandlungen 2024 entspannen, weil die Zweitrundeneffekte dementsprechend kleiner wären, wenn höhere Nettolöhne möglich sind, ohne dass Lohnkosten im gleichen Ausmaß steigen.

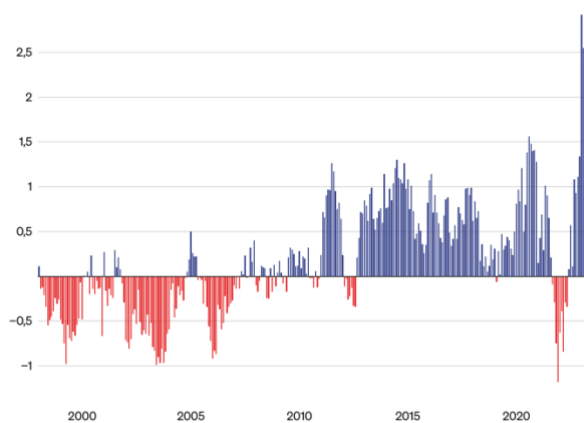
Am 25. September übergeben Arbeitnehmervertreter in den Lohnverhandlungen der Metallbranche ihre Forderungen. Die **zugrundliegende Inflation ist auf dem höchsten Stand seit 1974** gewesen, die Lohnforderung dürfte dementsprechend hoch und klar zweistellig ausfallen.

Zugleich steht die Industrie vor einer Rezession und die Wettbewerbsfähigkeit wird in internationalen Vergleichsstudien sowie bei Unternehmen immer kritischer gesehen. In einer Meta-Analyse der Wettbewerbsfähigkeit ist Österreich von einigen Ländern in den vergangenen Jahren sukzessive überholt worden, weil Reformen dort die Standorte im Wettbewerb um Talente und Kapital unterstützt haben (Economica/NEOS Lab, 2023).

Dass der **Abstand bei der Inflation zwischen Österreich und dem Euroraum zuletzt 2,2 Prozentpunkten** so hoch ist wie noch nie ist eine große Herausforderung für eine kleine, offene Volkswirtschaft wie Österreich (siehe Abbildung 1) mit.

Inflationsaufschlag Österreich auf historischem Höchststand

Inflationsdifferenz zwischen Österreich und dem Euroraum, Jahresinflation gemäß HVPI, in Prozentpunkten



Quelle: IHS, Eurostat.

Abbildung 1: Inflationsabstand zwischen Österreich und dem Euroraum seit 1998.

Die Politik sollte die Verhandler für die KV-Verhandlungen nicht alleine lassen in diesem Dilemma. Schließlich hat die Wirtschaftspolitik selbst einen Beitrag für die hohe Inflationsrate in Österreich geleistet, zum einen mit wenig treffsicheren Hilfen, zum anderen sind die hohen

Inflationsraten in stark regulierten Branchen wie dem Energiesektor aktuell für ein Gros des Inflationsabstands verantwortlich. Bei einem aktuellen Inflationsabstand von 2,2 Prozentpunkten tragen Gas (+1,0 Prozentpunkte) und Fernwärme (+0,5 Prozentpunkte) einen erheblichen Teil des Teuerungsaufschlags (IHS, 2023).

Wieviel Spielraum möglich ist

Die Senkung der Lohnnebenkosten, um die Lohnkosten zu und damit den Preisauftrieb zu reduzieren, ohne die Kaufkraft zu schmälern, ist in der aktuellen Situation eine zentrale Empfehlung von Wirtschaftsforschern (vgl. WIFO/IHS, 2022). Das gilt heuer mehr denn je.

Ein Arbeiter in der Metallbranche verdient im ø 3.670 Euro pro Monat (Brutto). Das entspricht Arbeitskosten von 66.377 Euro pro Jahr und einem Nettoverdienst von 35.286 Euro pro Jahr, Abgaben und Steuern machen also 46,8 Prozent aus. Selbst bei vollständiger Abschaffung der kalten Progression müssen die Lohnkosten um zumindest 9,6 Prozent steigen (6.372 Euro), um netto keinen Kaufkraftverlust zu erleiden.

Eine **Lohnnebenkostensenkung könnte hier deutlich mehr Verhandlungsspielraum schaffen**. Eine Senkung der Dienstgeberbeiträge etwa um zwei Prozentpunkte bedeutet für den durchschnittlichen Arbeiter in der Metallbranche, dass der Nettolohn um 1,8 Prozent steigen kann, ohne die Kosten für den Betrieb zu erhöhen. Um die Lohnnebenkosten in Richtung des Schnitts der Industrieländer zu bringen, müssten sie allerdings um zumindest 6,55 Prozentpunkte sinken, hat 2022 eine Studie der *Economica* im Auftrag von NEOS gezeigt. Dafür wurden etwa Entlastungen beim Familienlastenausgleichsfonds, der Kammerumlage 2, Wohnbauförderungs-Beitrag, oder dem Beitrag zur Arbeitslosenversicherung simuliert.

Bei einem durchschnittlichen Arbeiter in der Metallbranche bedeutet das einen zusätzlichen Verhandlungsspielraum von 3688 Euro in diesem Jahr. Das entspricht also einem rund einem 15. Monatsgehalt. Um diese Erhöhung könnten Arbeitgeber und Arbeitnehmer verhandeln, ohne die effektiven Arbeitskosten um einen Euro zu erhöhen.

Spielraum auch 2024 größer

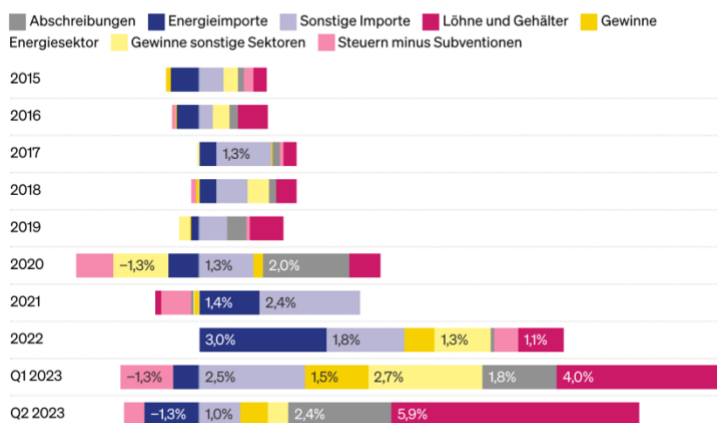
Das ist auch deswegen wichtig, weil die Lohnkosten sukzessive höhere Beiträge zur Inflationsdynamik haben. Die berühmten „Zweitrundeneffekte“ der Teuerung sorgen dafür, dass die Inflationsrate 2023 bereits laut einer Analyse der Oesterreichischen Nationalbank zu einem guten Teil von der Lohnentwicklung getrieben ist – 2023 und 2024 werden diese Effekte wichtige Inflationstreiber sein (OeNB). „Im

zweiten Quartal 2023 waren die Löhne – genauer die Lohnstückkosten – der bedeutendste Inflationstreiber. Bis Ende 2024 ist eine anhaltend hohe Rolle der Löhne für die Inflation zu erwarten“, schreiben die Ökonomen der OeNB. Daher ist es umso wichtiger, dass die Steuerpolitik hier gegensteuert.

Eine Lohnnebenkostensenkung könnte also nicht nur heuer den Spielraum für die Verhandler erhöhen, sondern würde einen stark disinflationären Effekt haben. In Deutschland schätzte die Bundesbank etwa, dass Veränderungen der Löhne mit rund einem Drittel auf die Verbraucherpreise und damit die Inflation wirken. Simulationen für Österreich zeigen ein ähnliches Ausmaß (vgl. OeNB, 2022). Die Senkung der Lohnnebenkosten auf OECD-Niveau würde demnach das Preisniveau um rund 1,7 Prozentpunkte senken. Die jüngeren Analysen der OeNB legen sogar nahe, dass eine drastische Lohnnebenkostensenkung kurzfristig sogar höhere Effekte auf die Preise haben würde (OeNB, 2023).

Woher die Inflation kommt? 2021/22 vor allem von Importen, seit 2023 kommen die Löhne dazu

Beiträge zur HVPI-Inflationsrate in Prozentpunkten, zum Vorjahr(esquartal)



Grafik: Lukas Sustala • Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Damit würde die Lohnnebenkostensenkung nicht nur heuer die Lohnverhandlungen entlasten, sondern auch in den Folgejahren. Denn eine niedrigere Inflationsrate würde die Sorgen um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in der Industrie nachhaltig entspannen. Ein weiterer Effekt: Wenn die offiziell gemessene Inflationsrate durch eine Verkleinerung des „Steuerkeils“ auf Arbeit spürbar sinkt, werden die kommenden Preisanpassungen für Mieten, Mobilfunkverträge und vieles mehr, was an den Verbraucherpreisindex gekoppelt ist, ebenfalls geringer ausfallen.

Welchen Spielraum Politik schaffen kann

Die Bundesregierung sitzt nicht am Verhandlungstisch der Sozialpartner, und das zurecht. Politiker sollten keine Empfehlungen für Lohnzurückhaltung oder Ähnliches abgeben. Doch die Politik kann mehrere Maßnahmen unternehmen, um die schwierigen KV-Verhandlungen zu unterstützen:

- **Spielraum schaffen für höhere Löhne.** Niedrigere Lohnkosten für effektiv höhere Nettolöhne sind das Gebot der Stunde. Eine Senkung der Lohnnebenkosten auf das durchschnittliche Niveau der OECD-Länder würde für einen Arbeiter in der Metallbranche den Spielraum eines 15. Monatsgehalt schaffen und die Lohnnebenkosten um 6,55 Prozentpunkte senken. Arbeitnehmer könnten ihre Forderung nach höherer Kaufkraft mit der eigenen Leistung leichter realisieren, ohne die Inflation weiter anzuhetzen.
- **Gegenfinanzierung statt Gießkanne.** Eine Lohnnebenkostensenkung sollte begleitet werden von ambitionierten Reformen. Die besten Absichten für preisdämpfende Maßnahmen werden verpuffen, wenn zugleich die Staatsausgaben insgesamt stark steigen und der Staat die

Wirtschaft mit der eigenen Nachfrage anfeuert. Die aktuellen Verhandlungen des Finanzausgleichs wären die perfekte Gelegenheit, um das Wachstum der Staatsausgaben (zuletzt 51,6 Prozent des BIP) wieder zu dämpfen.

- **Eigene Inflationstreiber ausmerzen.** Der Staat selbst heizt die Teuerung zusätzlich an und engt so den Spielraum für KV-Verhandler ein. Gerade im teilstaatlichen und stark regulierten Energiesektor sollte die öffentliche Hand alle Mittel ergreifen, um für mehr Wettbewerb und weniger hohe Preise zu sorgen. Das würde insbesondere die KV-Verhandlungen in den kommenden Jahren entspannen.
- **Evaluierung der Sonderzahlungen.** Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren die Möglichkeit geschaffen, rund 3.000 Euro pro Mitarbeiter steuer- und abgabenfrei auszusparen. Der Erfolg dieser Maßnahme sollte zügig evaluiert werden. Wenn dieses Instrument zu selten zum Einsatz gekommen ist, sollten stattdessen andere Maßnahmen zur Entlastung des Faktors Arbeit ergriffen werden.

Quellen/Links:

- Bundesbank (2019): [Zum Einfluss der Löhne auf die Preise in Deutschland: Ergebnisse ausgewählter empirischer Analysen](#). Deutsche Bundesbank, Monatsbericht.
- *Economica* (2022): [Optionen zur Reform der durch Lohnnebenkosten finanzierten staatlichen Leistungen](#). Projektbericht.
- OeNB (2022): [Inflation und Lohnverhandlungen](#).
- WIFO, IHS (2022): [Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation und ihrer Auswirkungen](#), Eine gemeinsame Stellungnahme von IHS und WIFO, Wien.
- *Economica* (2023): [Weckruf für den Standort Österreich](#). Studie im Auftrag des NEOS Lab.
- IHS (2023): [IHS Preismonitor](#).
- OeNB (2023): [Was treibt die Inflation in Österreich – Energieimporte, Profite oder Löhne?](#) Thema im Fokus.

Rückfragen an:

Lukas Sustala
 Politischer Direktor, NEOS
 Leiter Thinktank, NEOS Lab
lukas.sustala@neos.eu
 +43 664 152 1620